

MedienINFO 137 – Donnerstag, 11. Mai 2017

Kaum 25-Stunden-Betreuung in Kitas

Hafke: Eltern müssen Betreuungszeiten frei wählen können

Eltern haben einen gesetzlichen Anspruch auf wahlweise 25, 35 oder 45 Stunden wöchentliche Betreuungszeit für ihre Kinder. In vielen NRW-Kommunen ist eine Auswahl der Betreuungszeiten bei der Betreuung des Kindes in einer Kita nach wie vor nicht möglich. Das geht aus aktuellen Zahlen der Landesregierung hervor, die Marcel Hafke, familienpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, angefragt hat. Hafke kritisiert, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert und Eltern de facto zu höheren Betreuungszeiten und Entgelten gezwungen würden.

In 32 Kommunen liegt der Anteil der 25-Stunden-Betreuungsplätze bei unter einem Prozent, in Leverkusen, Rheinberg, im Kreis Viersen, Wuppertal, Dortmund oder auch in Duisburg gibt es nach den Zahlen der Landesregierung keine oder so gut wie keine 25-Stunden-Betreuung. Das Fehlen von 25-Stunden-Betreuungsplätze betrifft damit ganz NRW und lässt sich nicht auf Großstädte oder den ländlichen Raum reduzieren.

Für Hafke ist das komplette Fehlen eines 25-Stunden-Angebots nicht hinnehmbar: „Die Eltern werden so zu höheren Betreuungszeiten und damit auch zu höheren Elternbeiträgen gezwungen. Zur Wahlfreiheit gehört ein guter Mix aus allen Betreuungszeiten. Das zeigt auch das Beispiel Düsseldorf: Dort sind die Eltern von Kindern über drei Jahre von Elternbeiträgen befreit, es macht für sie finanziell also keinen Unterschied, ob sie 25, 35 oder 45 Stunden Betreuungszeit wählen. Dennoch bietet die Stadt mehr als 400 Betreuungsplätze mit 25-Stunden-Betreuungszeit für Ü3-Kinder an. Warum sollte es in anderen Kommunen diesen Bedarf an 25-Stunden-Plätzen nicht geben? Es ist offensichtlich, dass die Planung in vielen Kommunen mit dem tatsächlichen Bedarf nicht übereinstimmen kann.“

Als Ursache sieht Hafke die Untätigkeit der rot-grünen Landesregierung: „Die Kitas in Nordrhein-Westfalen müssen endlich vernünftig vom Land finanziert werden, damit die Kommunen den Eltern auch bedarfsgerechte Kita-Plätze anbieten können. SPD und Grüne haben die im Koalitionsvertrag noch versprochene neue Kita-Finanzierung jedoch nicht auf den Weg gebracht. Die Leidtragenden sind die Familien in NRW.“